

Diözesanrat tagt in Schöntal zu kirchenpolitischen Themen

Die Augen offenhalten

Die Armut im Alter, der derzeitige Stand und die Perspektiven der Kirchenentwicklung »Kirche am Ort« – neben Beschlüssen zu kirchen- und gesellschaftspolitischen Themen bestimmten diese und weitere Schwerpunkte der zweitägigen Sitzung des Diözesanrats. Vor den intensiven Beratungen im Bildungshaus Kloster Schöntal stand noch etwas Besonderes auf dem Programm: die Auszeichnung der Gewinner des Schülerwettbewerbs »Was würde der heilige Martinus uns Europäern heute sagen?«.

Wegen des Regensturms ist das Wasser in sämtliche Häuser der kleinen Ortschaft eingedrungen. Alle Nachbarn packen mit an und helfen einer Familie, die plötzlich obdachlos geworden ist. Und wichtige Unterstützung in all dem Durcheinander kommt auch von ganz oben: der heilige Martin schickt aus dem Jenseits mittels einer Kurzbotschaft auf dem Handy Hilfe für die Hochwasseropfer. Mit pfiffigen Drehbucheinfällen haben teils schwer mehrfach behinderte Schüler der Martinus-Schule der Stiftung Lindenhof in Schwäbisch Gmünd zusammen mit Lehrkräften ein Hochwasserszenario und seine Folgen nachgespielt und als Video aufgezeichnet.

Viele Beiträge zum sozialen Engagement

Für den Kurzfilm, den die Schule für den vom Diözesanrat ausgeschriebenen Wettbewerb »Was würde uns der heilige Martinus heute sagen« eingesandt hatte, gab es nicht nur den zweiten Preis, sondern auch begeisterten Beifall. Ordinariatsrätin Ute Augustyniak-Dürr, Leiterin der Hauptabteilung Schulen in der Diözese, hob in ihrer Laudatio für die Preisträger aus Gmünd

hervor, »dass sich in dieser Geschichte der große europäische Heilige, Martin von Tours, im lokalen Erfahrungsraum zeigt«.

Sehr beeindruckt zeigte sich die Katholikenvertretung auch von den anderen Beiträgen, wie beispielsweise kleinen Kunstwerken aus Textschnipseln und Fotos zur Lage der Flüchtlinge, sowie von Gedichten, in denen an die Mantelteilung erinnert und zu mehr Nächstenliebe und sozialem Engagement aufgerufen wurde. Den ersten Preis des Wettbewerbs erhielten Schülerinnen des Salvatorkollegs Bad Wurzach für ihren Film zur Mantelteilung, den dritten Preis bekamen Schüler der Sechta-Rieschule in Unterschneidheim.

Armut auf dem Land ist ein verstecktes Thema

Nächstenliebe und soziales Engagement: Das waren die Stichworte, die auch in einem weiteren Schwerpunkt der Sitzung häufig auftauchten. Viel Zeit hatte sich der Diözesanrat für die Betrachtung zunehmender Verarmung im Alter genommen. Interviews mit Caritasexpertinnen und Einblicke in die Situation vor Ort verdeutlichten, dass die Altersarmut auch im ländlichen Raum bald zum drängenden Problem werden wird. Diözesanrätin Barbara Köppen ist im Hohenlohischen zu Hause und kennt den Anblick der in die Jahre gekommenen Wohngebäude in den Dörfern. Dort, wo die Menschen schon seit ihrer Kindheit leben und jetzt im Alter wegen kleiner Renten keine großen Sprünge machen können. Und ein Umzug in eine altengerechte Wohnung ist nicht leistbar, selbst wenn sie ihre eigene Immobilie verkaufen würden. »Aber darüber wird kaum gesprochen, Armut im ländlichen Raum ist ein verstecktes Thema.«

Pfarrer Ingo Kuhbach vom Priesterrat erzählt, wie ihn diese Situation bei seinen Geburtstagsbesuchen in den Häusern, in der die Menschen oftmals in sehr bescheidenen Verhältnis-

sen wohnen, geradezu »anspringen« würde. Dem Dekan des Dekanats Hohenlohe fallen neben der materiellen Armut auch die mangelnden Beziehungen der alten Menschen auf. »Mit unseren »Orten des Zuhörens« liegen wir da genau richtig, aber Kirche und Gesellschaft müssen weiter die Augen offenhalten.« Ein deutliches Zeichen dafür wurde unlängst gesetzt. Gemeinsam mit 30 anderen Akteuren im Land engagiert sich der Diözesanrat in einem »Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg« für eine Weiterentwicklung der solidarischen Alterssicherung und gerechter Rentenmodelle.

Neben dem Thema Betriebsseelsorge und den Perspektiven der »Kirche vor Ort« prägten Abstimmungen zu kirchenpolitischen Fragen die Sitzung in Schöntal. So verabschiedete der Diözesanrat mit deutlicher Mehrheit eine Erklärung zu Freiheit und Demokratie (vgl. Dokumentation, S. 17) und positionierte sich ebenso deutlich zum Frauendiakonat und zum Aufruf der Initiative Pro Concilio, angesichts des Priestermangels »als ersten rasch realisierbaren Schritt bewährte verheiratete Männer, etwa Diakone und Pastoralreferenten, zu Priestern zu weihen«. In Sachen Frauendiakonat appellierte der Diözesanrat, der im vergangenen Jahr dem Netzwerk Diakonat der Frau beigetreten ist, an die deutsche Bischofskonferenz, »auf eine entsprechende Entscheidung in Rom hinzuwirken«.

Karin Lutz-Efinger

UNSERE BILDER

Preisgekrönt

Mehrere Abstimmungen standen auf dem Programm der Diözesanratssitzung (oben).

Der erste Preis im Martinus-Schülerwettbewerb für Clara Jacob, Carla Hilgarth und Freya Michel (Mitte, v. li.).

Nachdenklicher Gast: Klemens Gramlich, stellvertretender Vorsitzender des Diözesanrats Freiburg (unten).



DOKUMENTATION

Öffentliche Erklärung des Diözesanrats

Gegen Fremdenfeindlichkeit, Hass und Spaltung – für Demokratie und Freiheit

In einer öffentlichen Erklärung hat der Diözesanrat die Katholiken aufgefordert, gegen Fremdenfeindlichkeit und Spaltung in der Gesellschaft und für Demokratie und Freiheit einzutreten. Dabei sollten christliche Werte und eine christliche Weltverantwortung mutig eingebracht werden. In seiner Positionierung wendet sich der Diözesanrat auch an Katholiken, die populistischen Argumentationen folgen, mit politisch rechten Positionen sympathisieren oder rechte Parteien unterstützen.

In Deutschland und Europa waren Nationalismus und Rassismus über viele Jahrzehnte hinweg Nährboden für Feindseligkeit gegenüber Menschen anderer Länder oder anderen Glaubens. Die dahinter stehende Grundhaltung war mitverantwortlich für zwei grausame Weltkriege und die entsetzliche Vernichtung von Millionen Menschen jüdischen Glaubens.

Dankbarer Rückblick auf 70 Jahre Frieden

Gerade auch christlich geprägte Politikerinnen und Politiker erkannten bei der Neuordnung Europas und unseres Landes, dass nur die Achtung der Menschenwürde und die Förderung von Solidarität, Dialogbereitschaft und Weltoffenheit in einem demokratischen Rechtsstaat Frieden und Wohlstand dauerhaft sichern können. In Dankbarkeit blicken wir auf die nunmehr über 70 Jahre währende friedliche und erfolgreiche Epoche in unserem Land zurück!

Umso mehr erfüllt uns mit Sorge, dass politische Parteien und Gruppierungen in Deutschland und anderen europäischen

Staaten wieder mit nationalen und rassistischen Parolen aufwarten. Erneut werden Ängste, Aggressionen, Hass, Vorurteile und Ressentiments geschürt. Größen- und Allmachtsfantasien werden kultiviert. Menschen und ganze Gruppen werden ausgegrenzt, allzu oft gerade die schwachen und wehrlosen. Dies geschieht weitestgehend durch eine pauschale Vereinnahmung »des Volkes« und »des kleinen Mannes« für die eigenen Interessen und durch das Schüren von Abneigung gegen »Eliten«.

Zukunftsängste und Sorgen aufgreifen

Unsere bewährte und erfolgreiche Gesellschaftsordnung wird diffamiert, Argumente und Fakten werden missachtet, ja sogar Lügen werden bewusst verbreitet. Für komplexe politische Probleme werden vermeintlich einfache Lösungen angeboten. Anstelle nachhaltiger Problemlösungen zählt nur der scheinbare, kurzfristige Erfolg. Die Freiheit der Presse und der Medien wird in Frage gestellt. Gute journalistische Arbeit wird diffamiert.

Wir nehmen sehr ernst, dass viele Menschen durch den raschen Wandel unserer Gesellschaft und durch soziale Verwerfungen von Zukunftsängsten geplagt werden. Nicht wenige erleben sich als ausgegrenzt, abgehängt oder gar wertlos. Solche Ängste und Sorgen müssen wir aufgreifen und in politisch verantwortliches und sozial gerechtes Handeln umsetzen.

Aus dem Glauben Kraft schöpfen

Dabei können wir aus unserem christlichen Glauben Kraft und Zuversicht schöpfen! Jeder Mensch ist Gottes Ebenbild. Die Achtung seiner Würde ist

Kern unseres Glaubens. Nächstenliebe und Sorge für die Bedürftigen aller Art gehören zu unserem Grunddienst als Christinnen und Christen. Wir verstehen die Menschheit als Familie: Wir alle sind Gottes Kinder.

Hetze und Hass keinen Raum geben

Wir wollen auch in Zukunft in einer weltoffenen Gesellschaft leben, in der die Würde und Freiheit eines jeden Menschen gemäß der europäischen Menschenrechtskonvention gewahrt, Teilhabe ermöglicht, für Bedürftige gesorgt und die Regeln von Demokratie und Rechtsstaat beachtet werden. Ein achtsam geführter Dialog, der Austausch von vernünftigen, ethisch begründeten Argumenten, die Beachtung von Fakten und das Ringen um Kompromisse gehören dazu. Dazu sind Politikerinnen und Politiker in Regierungen und Parteien aufgerufen, aber jede und jeder einzelne im alltäglichen Handeln.

Als Christinnen und Christen leisten wir in unseren Gemeinden, Verbänden und Einrichtungen entschiedenen Widerstand gegen alle Versuche, nationalistisches Gedankengut in unserem Land wieder salonfähig zu machen. Hetze und Hass dürfen wir keinen Raum geben.

Christliche Werte mutig einbringen

Wir rufen alle Menschen in unserer Kirche auf, die Achtung vor der Würde eines jeden Menschen, soziale Gerechtigkeit und Frieden in unserer Gesellschaft zu fördern, christliche Werte und die christliche Weltverantwortung mutig und öffentlich einzubringen, im gesellschaftlichen Diskurs ebenso wie im innerkirchlichen Dialog und in unseren Gottesdiensten.



Fotos: Hageneder